

Ehrendoktorwürde für ehemalige EZA-Generalsekretärin

Die ehemalige Generalsekretärin des Europäischen Zentrums für Arbeitnehmerfragen (EZA), Roswitha Gottbehüt, bekam am 26. Mai 2016 in einem feierlichen Festakt in Jūrmala, Lettland, die Ehrendoktorwürde der Lettischen Christlichen Akademie verliehen.

Die Rektorin der Akademie, Skaidrīte Gūtmane, unterstrich die Bedeutung des persönlichen Engagements von Roswitha Gottbehüt für die Aufnahme erster Kontakte mit der Akademie im Jahr 2004 und dankte für die seither ausgezeichnete Zusammenarbeit der Akademie mit EZA zur Förderung des Sozialen Dialogs in Lettland.



Von links nach rechts: Joachim Herudek, ehemaliger EZA-Generalsekretär, Herbert Metzger, EZA-Vizepräsident, Roswitha Gottbehüt, Bruno Machiels, Sekretär der Europäischen Plattform für soziale Integration, Pēteris Krīgers, Vorsitzender des lettischen Gewerkschaftsverbands LBAS, Leo Pauwels, EZA-Ehrenpräsident

EDITORIAL



Liebe Freunde,

die Fußball-EM in Frankreich hat ganz Europa erfasst. Mit 24 Mannschaften nehmen so viele Länder teil wie noch nie zuvor. Auch wenn im Sport der Wettkampfgedanke zentral ist, so ist es doch vor allem die Begeisterung für die Schönheit des Spiels, die viele Europäer derzeit vereint.

Diese Begeisterung scheint uns Europäern hingegen mit Blick auf die politische Entwicklung Europas fast völlig abhandengekommen zu sein.

Die Debatte um den „richtigen“ Weg aus der Wirtschaftskrise sowie der Umgang mit der steigenden Anzahl an Flüchtlingen entzweit die EU. Während die Ungleichheit sowie die Intoleranz zunehmen, erlahmen die Solidarität

und die Verantwortungsübernahme für das Ganze. Die Renationalisierung Europas wird erneut mit zu seiner größten Gefahr. Brüssel ermahnt und verteilt bisweilen gelbe Karten. Mit dem Vereinigten Königreich wird zum ersten Mal ein EU-Mitglied das Spielfeld verlassen.

Es ist bezeichnend für den inneren Zustand der Union, dass es zuletzt zweier prominenter nicht-Europäer bedurfte, um die EU an ihre globale Vorbildfunktion und Verantwortung zu erinnern. Mit seiner eindringlichen Frage „Was ist mit dir los, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit?“, legte Papst Franziskus den Finger in die Wunde. US-Präsident Obama appellierte eindringlich an uns Europäer, nicht erneut die alten Denkmuster des „wir“ gegen „sie“, die den anderen die Schuld für unsere Probleme in die Schuhe schieben, zuzulassen. Gerade diese Art von Politik wollten wir mit der EU überwinden.

Stellen wir uns nicht selbst ins Abseits! Entwickeln wir gemeinsam mutig neue Spielzüge, damit der europäische Gedanke siegt!

*Sigrid Schraml
Generalsekretärin*

Im Gespräch mit Georges Dassis, Vorsitzender des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA)

EZA: Georges Dassis, Sie wurden 2015 zum Vorsitzenden des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) gewählt. Wie sehen Sie dieses Amt und was haben Sie sich für Ihre Amtszeit vorgenommen?

G. Dassis: Der Vorsitzende des Ausschusses hat zwei grundlegende Pflichten: Zunächst muss er im Ausschuss jede erdenkliche Energie aufwenden, damit die drei Gruppen, die dort vertreten sind – Arbeitgeber, Arbeitnehmer und

verschiedene Interessen – immer die besten Bedingungen vorfinden, um einen Konsens zu erreichen: Damit die Stellungnahmen des Ausschusses echtes Gewicht gegenüber den Institutionen haben, die die Entscheidungen treffen, müssen sie ein möglichst breites Spektrum von europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen hinter sich haben. Wir müssen Stellungnahmen erarbeiten, die von einer breiten Mehrheit getragen werden, wenn wir einen gewissen Einfluss haben möchten, und wir veröffent-



Georges Dassis

- Ab dem Alter von 15 Jahren Gewerkschaftsaktivist in Griechenland
- Aktive Opposition gegen das Regime der Obristen in Griechenland (1967-1974)
- Von 1976 bis 1980 hauptamtlicher nationaler Gewerkschaftsfunktionär der Fédération Générale du Travail de Belgique (FGTB)
- Seit 1981 Vertreter des griechischen Gewerkschaftsbunds (GSEE) beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), beim Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB, früher IBFG) und bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)
- Seit 1982 Mitglied des Exekutivausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB)
- Von 1981 bis 1990 und seit 2002 Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA)
- Vorsitzender der Regionalsektion des EWSA von 1986 bis 1990
- Gründungsmitglied des Arbeitsinstituts des GSEE (1990) und Sekretär für internationale Beziehungen
- Von 2004 bis 2008 Vorsitzender der Sektion ECO (Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt) des EWSA
- Von 2008 bis 2015 Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe des EWSA
- Von 2015 bis 2018 Vorsitzender des EWSA

lichen die Abstimmungsergebnisse immer. Die zweite Pflicht des Vorsitzenden besteht darin, sich persönlich einzusetzen und den Ausschuss selbst und seine Stellungnahmen zu fördern.

Unsere Geschäftsordnung sieht vor, dass der Vorsitzende nach seiner Wahl ein „Arbeitsprogramm“ vorlegen muss. Ich habe meins erarbeitet und ihm bewusst nicht diesen Titel gegeben und praktisch nichts Persönliches hineingeschrieben, außer der Einleitung. Ich habe die wesentlichen Inhalte der bereits verabschiedeten Stellungnahmen des Ausschusses berücksichtigt, indem ich in Erinnerung gerufen habe, dass es das ist, was die Europäische Union erreichen muss, und

hinzufüge, dass der Ausschuss und nicht ich die Prioritäten meiner Amtszeit in Abhängigkeit vom aktuellen Geschehen festlegt. Das hat er getan: Wir haben bisher noch nie dagewesene Initiativen angesichts der Flüchtlingskrise eingeleitet und sofort eine Kampagne gestartet, um den freien Personen- und Warenverkehr zu verteidigen, als wir hörten, dass Schengen unter Beschuss geriet. Nebenbei kann der Vorsitzende – wie jeder seiner Kolleginnen und Kollegen – auch Ideen einbringen und seine Kollegen überzeugen. Meine Kollegen kannten meine Persönlichkeit, als sie mich gewählt haben und wussten genau, in welche Richtung meine Vorschläge gehen

würden: Ich war drei aufeinanderfolgende Amtszeiten Vorsitzender der Arbeitnehmerbank. Ich habe für eine solidarischere, sozialere, bürgernähere Europäische Union gekämpft, um den Menschen ein anderes Bild des europäischen Projekts zu vermitteln. Das ist der einzige Weg, um die Tendenz zur Rückbesinnung auf sich selbst und zur Loslösung umzukehren, die alles hat, was es braucht, um zum Schlimmsten zu führen. Selbst der Frieden, die Demokratie und ein relativer wirtschaftlicher Wohlstand, zumindest in einigen unserer Länder, sind nicht selbstverständlich. Es sind Dinge, die wir dem europäischen Projekt verdanken, und es gilt sie tagtäglich durch den Dialog zu pflegen. Wir brauchen außerdem Fortschritt, denn ansonsten droht Rückschritt.

EZA: Wenn Sie den Zustand der Europäischen Union bewerten müssten, was würden Sie sagen? Allgemein und zu den wirtschaftlichen und sozialen Fragen?

G. Dassis: Konkret bin ich sehr beunruhigt über das, was ich sehe und höre. Es gibt eine Tendenz, das europäische Projekt selbst infrage zu stellen, als ob das irgendetwas lösen würde und als gäbe es aus der Geschichte unseres Kontinents nichts zu lernen. Es wird sogar noch schlimmer: Menschen, die zu Fremdenhass und Rassismus aufrufen, und die Rückkehr der Grenzen predigen und sich – natürlich – davor hüten zu sagen, welche Freiheiten sie abschaffen werden, sollten sie jemals an die Macht kommen.

Europa hat eine ganze Reihe von Dingen, insbesondere wirtschaftlicher und sozialer Natur, aber auch in den Bereichen der Außen-, Verteidigungs-, Energiepolitik etc. furchtbar schlecht gemacht, weil es an Mut, Weitblick und Solidarität fehlt. Um ein Beispiel zu nennen: Man hätte die Krise und ihre Auswirkungen viel besser eindämmen können, hätte man gleich die gewünschten Maßnahmen anstelle einer Serie halb ausgelegener und teilweise absurder aufeinanderfolgender Maßnahmen eingeleitet. Ergibt es einen Sinn, dass ein Staat der Europäischen Union einem anderen Mitgliedstaat Geld zu einem übertrieben hohen Zinssatz leiht, während er sich selbst viel günstiger finanzieren kann? Hat es einen Sinn, bei ähnlichen Operationen nach maximalem Gewinn zu streben? Nur dass wir uns richtig verstehen: Ich plädiere für Solidarität und fordere keine Wohltätig-

keit. Das sind zwei verschiedene Dinge. Was uns am meisten fehlt, ist das Bewusstsein für den Sinn des europäischen Projekts und seine Hauptziele. Sie befinden sich in den Artikeln 2 und 3 des Vertrags, aber sie werden leider in den Schulen nicht unterrichtet und es scheint, dass manche Politiker sie auch nicht gelesen haben. Und das obwohl es sich lohnt und sie überhaupt nicht schwer zu lesen sind. In Artikel 3 Absatz 3 erscheint in zehn Zeilen fünfmal der Begriff „sozial“. Das muss umgesetzt werden, und zwar schnell. Damit die Bürger wieder eine Verbindung zu diesem Projekt bekommen. Ich habe die Zeit erlebt, als praktisch niemand in den wenigen damaligen Mitgliedstaaten den Grundsatz einer sich weiter vertiefenden Union ablehnte. Was die umliegenden Völker betraf, so verspürten sie nur einen Wunsch: Mitglied im Club zu werden – um in den Genuss des wirtschaftlichen Wohlstands ebenso wie der demokratischen Stabilität zu kommen. Viele von ihnen waren unter dem Joch der einen oder anderen Form von Diktatur oder hatten sich gerade davon befreit.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig festzuhalten, dass die Europäische Union zwar nicht vollkommen sein mag, aber sie ist die größte Errungenschaft der europäischen Bevölkerung während des 20. Jahrhunderts und wir müssen natürlich weiter an ihrer Verbesserung arbeiten, denn ich sehe keine bessere Zukunft für unsere Kinder.

EZA: Welche Rolle kann der EWSA angesichts der Herausforderungen spielen, vor denen Europa aktuell steht, und welche Möglichkeiten bieten sich ihm durch die Konsultation über die Säule sozialer Rechte, die die Europäische Kommission im März eröffnet hat?

G. Dassis: Zunächst freue ich mich, dass der Kommissionspräsident das Versprechen gehalten hat, das er mir gegeben hatte, den Ausschuss offiziell zu konsultieren. Dann begrüße ich den Mut der Kommission: Man ist es gar nicht mehr gewöhnt, dass die Kommission Initiativen ergreift und unter einem so klaren Titel eine rein soziale Maßnahme auf den Weg bringt. Ich verstehe das Misstrauen der europäischen Gewerkschaftsbewegung und es ist klar, dass man darauf achten muss, dass der Inhalt stimmt, aber es obliegt uns, auf den Plan zu treten, um das zu erreichen.

Der Ausschuss hat beschlossen, dies zur Priorität zu erheben: Wir werden einen direkten Dialog im Plenum mit dem Kommissionspräsidenten führen, der zugestimmt hat, in den Ausschuss zu kommen, bevor wir unsere Stellungnahme abgeben werden. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die 21 Berater umfasst, was selten ist, und die Aufgabe des Berichterstatters wird gemeinsam von den drei Vorsitzenden unserer drei Gruppen ausgeführt, was in unseren Annalen einzigartig ist und einen hohen Symbolcharakter hat. Wir haben außerdem beschlossen, uns einer neuen Methode zu bedienen: Wir werden in alle 28 Mitgliedstaaten gehen, um vor Ort die Wünsche der Sozialpartner und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu hören. Wir werden nichts dem Zufall überlassen, damit die Arbeit, die wir leisten, dessen würdig ist, was der Ausschuss geleistet hat, als wir die „Charta der Grundrechte“ erarbeitet haben, die den Verträgen beigelegt ist.

EZA: Wie beabsichtigen Sie, den EWSA während ihrer Amtszeit im Verhältnis zu den anderen europäischen Institutionen zu positionieren?

G. Dassis: Die Europäische Union hat sich etwas Einzigartiges, etwas typisch europäisches gegeben, als sie den Ausschuss eingerichtet und vorgesehen hat, dass dieser von den großen Institutionen konsultiert werden muss – bei manchen Fragen zwingend und bei den anderen fakultativ. Dieser Grundsatz ist nicht neu: Der Vertrag über die EGKS sah bereits eine beratende Kommission der Sozialpartner vor, die in gewisser Weise die Vorgängerin des Ausschusses war (und die übrigens bei Auslaufen des EGKS-Vertrags im Ausschuss aufging, in Form einer „Beratenden Kommission für den industriellen Wandel“, die zu den internen Organen des Ausschusses gehört). Die europäische Einzigartigkeit besteht darin, dass die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die anderen Teile der Zivilgesellschaft gemeinsam konsultiert werden und sich gemeinsam äußern müssen. Es liegt etwas zutiefst Demokratisches in dem Grundsatz, innerhalb der Institutionen selbst ein Beratungsorgan einzurichten und zu finanzieren – auch wenn die Kosten minimal sind – das zwangsläufig Stellungnahmen wird abgeben müssen, die gegenüber der Macht kritisch sind. Der Ausschuss hat einen doppelten „Mehrwert“: Zunächst gestattet er natür-

lich, sich der Punkte bewusst zu werden, bei denen die Zustimmung der Zivilgesellschaft vorliegt; er zwingt die teilnehmenden Gruppen auch aber zum Dialog. Die Verfasser des Vertrags wussten, was sie taten, als sie den Ausschuss nach dem Ebenbild der Praxis in einigen Mitgliedstaaten schufen. Sie hatten damals Recht und haben immer noch Recht. Mehr denn je. Sie wollten ein Europa, in dem Frieden zwischen den Mitgliedstaaten herrscht, aber sie hatten verstanden, dass die Wirtschaft und das Soziale im Mittelpunkt dieses Erfolgs stehen und die Zivilgesellschaft offiziell in dieses Projekt eingebunden werden muss, dass man sie unter keinen Umständen außen vor lassen darf.

Den Ausschuss gegenüber den anderen Institutionen zu „positionieren“ bedeutet auch, Sorge zu tragen, dass er den Auftrag, den ihm die Verträge übertragen, bestmöglich erfüllt. Außerdem fordere ich von den großen Institutionen, die uns konsultieren, dass sie dem Bürger vermitteln, dass sie uns angehört haben, und dabei nach Möglichkeit auch hinzufügen, dass sie unserer Stellungnahme gefolgt sind, wo sie die Einsicht haben, es zu tun. Ich fordere die großen Institutionen also auf, etwas Werbung für uns zu machen. Ich hätte gern, dass sie gelegentlich vor den Journalisten vom „Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss“ sprechen, in ihrem eigenen Interesse. Das wird ihrem Ansehen nicht schaden – ganz im Gegenteil – und es wäre ein Mittel, um die Menschen zu beruhigen, zumindest wenn sie uns folgen. Auch wenn die Bürgerinnen und Bürger, die keiner Gewerkschaft angehören, wissen, dass die Gewerkschaften sie häufig verteidigen. Es würde viele Menschen beruhigen zu wissen, dass Entscheidungen Gegenstand einer Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind: Sie würden darin die Stimme der Vernunft sehen. Viele würden fühlen, dass man ihnen zugehört hat, wenn man noch die Berufsverbände und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürgerbewegungen jeder Art ergäntzt.

Fragen: Victoria Zined ■

EZA-HIVA-Studie zur Integration und Inklusion auf dem Arbeitsmarkt

Chronisch Kranke, ältere Arbeitnehmer, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders schwer zu integrieren

Insgesamt neun Bildungsprojekte wurden zum Thema „Strategie Europa 2020: Integration und Inklusion auf dem Arbeitsmarkt“ im abgelaufenen EZA-Bildungsjahr durchgeführt und vom Institut für Arbeit und Gesellschaft (HIVA) der Katholischen Universität Löwen wissenschaftlich begleitet. Die Veranstaltungen behandelten dabei die Beschäftigungschancen von Geringqualifizierten ebenso wie die von älteren Arbeitnehmern und solchen mit besonderen Bedürfnissen. Hier wurde deutlich, dass Bildung ein Schlüssel für langfristige Integration in den Arbeitsmarkt ist und dass Arbeitsplätze dauerhaft bereitstehen müssen, die den jeweiligen Bedürfnissen angepasst sind und mit deren Hilfe die Fähigkeiten der Betroffenen weiterentwickelt werden können. Vor allem aus Osteuropa wurde vielfach berichtet, dass die Fördervoraussetzungen hier gegenüber westeuropäischen Ländern wesentlich schwieriger sind.

Angesprochen wurden auch Strategien zur Bekämpfung von Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere im Zusammenhang mit krisenhaften Situationen. Krisen im allgemeinen, so wurde vielfach deutlich, führten u.a. zu schleichenden und verdeckten Ausgrenzungen, indem höherwertige Beschäftigung in Arbeitsplätze und Beschäftigung mit niedriger Qualität umgewandelt wurde.

Weiter wurde thematisiert, wie Erwerbsarmut erfolgreich in lokalen Initiativen inklusiver Beschäftigung bekämpft werden kann und welche arbeitsmarktpolitischen Ansätze dabei zielführend sind. Hier ist besonders bedarfsgerechtes Handeln gefragt und die intensive Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Auch der Stellenwert sozialer Unternehmen für Integration und Inklusion im Arbeitsmarkt wurde analysiert. Oftmals gibt es keine klare Definition darüber, was soziale Unternehmen sind. Zuweilen fehlt es auch an rechtlichen Rahmenbedingungen und an der klaren Unterscheidung zwischen profitorientierten und gemeinnützigen Unternehmen.

Auch grundsätzliche Fragestellungen, wie etwa die Verantwortung und der Handlungsspielraum von Arbeitnehmerorga-

nisationen bei der Mitgestaltung inklusiver und integrativer Arbeitsmärkte, wurden aufgeworfen und es wurde darüber nachgedacht, wie sich die Wirtschaft in Europa strukturell ändern müsste, damit möglichst viele Menschen Zugang zu einem würdigem Arbeitsmarkt erhalten können. In Erwägung zu ziehen seien angesichts der Gefahr eines wachsenden Potentials von vom Arbeitsmarkt dauerhaft ausgegrenzter Arbeitnehmer sowohl solidarische Ansätze des Wirtschaftens, die nicht mehr ausschließlich auf Wachstum setzen, als auch neue Einkommensmodelle wie die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle.

In einer abschließenden Studie hat HIVA die wesentlichen Fakten zum Thema aus wissenschaftlicher Sicht zusammengetragen und mit den Ergebnissen aus den Seminaren dieser Veranstaltungsreihe angereichert. So werden in der Studie ein allgemeiner Überblick über Voraussetzungen und Anforderungen für inklusive Arbeitsmärkte gegeben, europäische Politikansätze und -strategien vorgestellt sowie betriebliche Aspekte im Umgang mit zielgruppenorientierter Arbeitsplatzvielfalt besprochen.

In einem weiteren Teil sind inklusions- und integrationsbedürftige Zielgruppen angesprochen. Hier werden jeweils Begriffsbestimmungen vorgenommen, Fakten und Daten geliefert, sowie Ursachen und Folgen zur Schwäche der jeweiligen Zielgruppe auf dem Arbeitsmarkt zusammengetragen.

Auf den heutigen Arbeitsmärkten in Europa tun sich gemäß den Erkenntnissen von HIVA ältere Arbeitnehmer ebenso wie junge Menschen, die erstmalig eine Beschäftigung suchen, schwer. Dies gilt auch für Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund, bzw. Angehörige ethnischer Minderheiten.

Außerdem ist es für Menschen mit Behinderungen schwierig, auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft Fuß zu fassen. Hier gilt es den Feststellungen von HIVA zufolge besonders, auf die immer bedeutendere Gruppe von Arbeitnehmern mit chronischen Erkrankungen zu achten.

Neben zahlreichen Fakten und Überblicken stellt die Studie zu allen dargestell-

ten Zielgruppen auch Handlungsoptionen für die verschiedenen politischen Ebenen vor und gibt Empfehlungen für Arbeitnehmerorganisationen, wie sie im sozialen Dialog tätig werden können, um die Arbeitsmärkte in Europa zukünftig inklusiver und integrativer zu gestalten. Die Studie erscheint im Herbst.

Norbert Klein ■

IMPRESSUM

Herausgeber

EZA

Europäisches Zentrum für
Arbeitnehmerfragen

Johannes-Albers-Allee 2
53639 Königswinter

Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0

Fax +49 - 22 23 - 29 98 - 22

E-Mail: eza@eza.org

www.eza.org

Redaktion

Sigrid Schraml (verantwortl.),

Matthias Homey, Norbert Klein,

Victoria Znined

Gestaltung und Satz

HellaDesign, Emmendingen

E-Mail: helladesign@web.de

Fotos

LKrA, EZA, EWSA

Erscheinungsweise

Jährlich 4 Ausgaben



Diese Publikation wird von
der Europäischen Union
finanziell unterstützt.